

**Jahresbericht der kantonalen Steuerungskommission Integration
März 2002 bis Dezember 2003 zuhanden des Regierungsrates**

Inhaltsverzeichnis:

1. Entwicklungen seit März 2002
2. Sitzungen der Steuerungskommission
3. Finanzielle Situation ALD
4. Bericht über die Arbeiten der Fachstelle Integration
5. Konzept Interkulturelle Kommunikation in der Zusammenarbeit mit fremdsprachigen Eltern
6. Akteure der Integration
7. Weiteres Vorgehen

1. Entwicklungen seit März 2002

Die Steuerungskommission führte ihre Tätigkeit gemäss der vom Regierungsrat vorgegebenen Leitplanken fort.

Mit RRB Nr. 1479 vom 13. August 2002 wurde die Steuerungskommission mit aktuellen Vertretern aus der Politik erweitert. Herr Klaus Fischer (CVP), Herr Rudolf Erzer (FDP), Herr Ruedi Heutschi (SP) sowie Herr Peter Lüscher (SVP) ergänzen die kantonale Steuerungskommission. Frau Rosmarie Simmen, welche als ehemalige Präsidentin der eidgenössischen Ausländerkommission eine Expertin auf dem Gebiet der Integration ist, konnte ebenfalls für die Mitarbeit in der Steuerungskommission gewonnen werden.

Mit RRB vom 14. Januar 2003 wurde die Federführung in Sachen Migration/Integration, insbesondere im Zusammenhang mit den Finanzen, vom Amt für Gemeinden und soziale Sicherheit (AGS) auf das Amt für öffentliche Sicherheit (Afös), Abteilung Ausländerfragen (AFA) übertragen.

Schliesslich wurde die Abteilung Ausländerfragen mit RRB vom 12. August 2003 als kantonale Ansprechstelle für Integrationsfragen im Bereich Ausländer- und Integrationspolitik (und somit Colette Adam-Zaugg als Integrationsdelegierte für den Kanton Solothurn) bestimmt. Neu werden die Kantone von der Eidgenössischen Ausländerkommission via Integrationsdelegiertenstelle mit einbezogen, um die Gesuche in den Schwerpunkten „Verständigung fördern“ (A) und „Zusammenleben erleichtern“ (C) zu prüfen und über die Mitfinanzierung zu entscheiden. Dabei geht es nicht nur um eine ideelle Empfehlung an den Bund zur Ausrichtung von Beiträgen, sondern konkret auch darum, dass sich die Kantone ebenfalls finanziell an den Projekten beteiligen.

Das Jahr 2003 war geprägt von der Diskussion im Zusammenhang mit der finanziellen Situation des ALD. Frau Ch. Mueller, Rechnungsführerin AFA, stand Herrn Leo Baumgartner, Geschäftsführer ALD,

zur Seite, um ihn bei der Erstellung der Unterlagen betreffend der Kosten-/Leistungsrechnung zu unterstützen (vgl. Ziffer 3).

2. Sitzungen der Steuerungskommission

An den Sitzungen hat die Steuerungskommission ihre Tätigkeit mit der erweiterten Besetzung fortgeführt. Wichtige Themen waren dabei die Situation betreffend ALD (vgl. Ziffer 3) sowie die Weiterverfolgung des Auftrages im RRB vom 11.12.2000 betreffend Weiterentwicklung der Stossrichtungen (vgl. Ziffer 6).

An der Sitzung vom 29. August 2002 wurde das Amt für Volksschule und Kindergarten beauftragt, unter Beizug des ALD ein Konzept betreffend „Interkulturelle Kommunikation mit ausländischen Eltern auszuarbeiten (siehe Ziffer 5).

3. Finanzielle Situation ALD

Aufgrund der eingereichten Unterlagen für das Geschäftsjahr 2002 wurde festgestellt, dass der Ausländerdienst (ALD) und die Caritas Solothurn (CASO) offenbar finanziell ineinander verflochten sind.

Nachdem zusätzlich bekannt wurde, dass die CASO überschuldet ist und um ein Schuldenerlass bezüglich eines Darlehens des Amtes für Wirtschaft und Arbeit (AWA) im Umfang von Fr. 170'000.00 ersucht wurde, entstanden Zweifel daran, ob die Erfüllung des Leistungs-Grundvertrages vom 22. Februar 2001 noch gewährleistet ist.

Frau Ch. Mueller, Rechnungsführerin des AFA, stand dem Geschäftsführer der Fachstelle Integration zur Seite und hat die bestehenden Unterlagen per 30. September 2003 überprüft. Dabei hat sie auch Kontakt mit dem externen rechnungsführenden Treuhandbüro Lisser & Partner aufgenommen, um sich einen Gesamtüberblick zu verschaffen. Ziel dieser Aktion war es insbesondere auch, dem ALD Hilfe zur Selbsthilfe zu bieten, damit der Leistungsauftrag nach WOV-Grundsätzen erfüllt werden kann. Anlässlich dieser Überprüfung wurde festgestellt, dass der ALD und die CASO tatsächlich ineinander verflochten sind. Es wurde deutlich, dass eine Trennung von ALD und CASO unumgänglich ist und dass ein Verteilschlüssel für die Buchung der Kosten festgelegt werden muss, da ein Controlling ansonsten absolut unmöglich ist. Die Strukturen (Kontenpläne für ALD und CASO) wären grundsätzlich vorhanden, die Buchungen wurden aber bisher nicht korrekt vorgenommen. Erst auf Ende der Abschlussperiode wurden insbesondere Personal- und Raummietkosten verteilt. Dieses Umlegen von Kosten ist aber ungenau und stellt nicht die tatsächlichen Verhältnisse dar.

Trotz mehreren Aufforderungen, die finanzielle Situation der Fachstelle offenzulegen, und nach Durchführung gemeinsamer Gespräche und obwohl Minimalraster für Erfolgsrechnung und Statistiken abgegeben wurden, ist bis heute unklar, nach welchem Verteilschlüssel die Kosten zwischen ALD und CASO verteilt werden. Dies hat sich auch nach Einreichen der Jahresrechnung per Ende 2003 nicht

abschliessend geklärt. Die finanzielle Situation ist noch zu wenig transparent und nicht lückenlos nachvollziehbar.

Der Bund will neu Kompetenzzentren fördern. Dabei hat der Bund die Ausländerdienste der Kantone im Fokus. Es gibt verschiedene Voraussetzungen, um als Zentrum akzeptiert zu werden. Der Bund plant mit den Ausländerdiensten den Abschluss von Leistungsverträgen als Kompetenzzentren. Die Firma Unternehmensberatung Viktor Schiess Aarau hat eine Definition eines Kompetenzzentrums Integration entwickelt. Danach hat ein Kompetenzzentrum über eine Führungs- und Organisationsstruktur, die eine wirkungsorientierte und wirtschaftliche Leistungserbringung (Finanz- und Leistungsebene) garantiert sowie über ein integriertes Qualitätsmanagementsystem, welches eine permanente Weiterentwicklung der Qualität der Leistungserbringung sicherstellt, zu verfügen. Zudem hat es über fachlich qualifiziertes Personal und über die erforderlichen strategischen und operativen Führungsinstrumente zu verfügen.

Diese Anforderungen an ein Kompetenzzentrum werden als kantonale Minimalstandards betrachtet. Unter Einhaltung der Vorgaben nach den WOV-Grundsätzen wird sich herausstellen, ob der ALD die Voraussetzungen als dezentraler Auftragnehmer erfüllen kann.

Aufgrund der Neuausrichtung beim Bund ist beabsichtigt, die bestehenden Verträge mit den Ausländerdiensten im Verlaufe des Jahres 2004 anzupassen und neu abzuschliessen. Aus diesem Grund ist auf der Ebene Kanton vorgesehen, mit dem ALD vorerst eine Vertragsverlängerung bis Mitte des Jahres 2004 vorzunehmen. Anschliessend wird eine Neuregelung, gleichförmig zu der Bewegung beim Bund, in Betracht zu ziehen sein.

4. Stand der Arbeiten des Ausländerdienstes

Aufgrund der Vorgaben im RRB vom 11. Dezember 2000 wurde mit dem ALD am 22. Februar 2001 eine Leistungsvereinbarung mit dem Ziel, die Fachstelle Integration aufzubauen, abgeschlossen.

Das Jahr 2001 stand für den ALD im Zeichen des Aufbaus. Im Jahr 2002 wurde die Aufbauarbeit bezüglich der Fachstelle Integration weitergeführt. Zusammenarbeitsverträge mit der Caritas Solothurn (CASO) und dem Schweizerischen Roten Kreuz (SRK) sollten den ALD unterstützen, um den Leistungsauftrag zu erfüllen.

Auch im Jahre 2003 beschäftigte sich die Fachstelle Integration noch vermehrt mit Aufbauarbeiten. Die ursprünglichen Module Kommunikation; Bildung, Beratung und Support; Gemeinwesenarbeit; Vernetzung; Stelle für Antirassismus; Informations- und Öffentlichkeitsarbeit und Gesundheitsförderung wurden grundsätzlich beibehalten. Wichtigstes Standbein der Fachstelle ist wie im Jahr 2002 weiterhin die Vermittlung von Dolmetschern und die Durchführung von Beratungen. Ferner war man damit beschäftigt, die Strukturbereinigung der Vorstände ALD und CASO vorzunehmen.

Gemäss den Angaben des Geschäftsführers sollte es inskünftig möglich sein, von Seiten der Fachstelle dem Anspruch nach Qualitätsmanagement gerecht zu werden. Allerdings ist festzuhalten, dass die finanzielle Entflechtung mangels Verteilschlüssel zwischen CASO und ALD noch nicht vollzogen ist. Auch die eingereichte Abschlussrechnung 2003 lässt hierzu keine genaueren Schlüsse zu.

Seit April 2003 arbeitet die Fachstelle Integration zudem mit einem neuen Zeiterfassungssystem.

5. Konzept Interkulturelle Kommunikation in der Zusammenarbeit mit fremdsprachigen Eltern

An der Sitzung vom 29. August 2002 wurde das Amt für Volksschule und Kindergarten beauftragt, mit der Unterstützung des ALD ein Konzept auszuarbeiten.

Das Konzept bietet Lösungsansätze für die Zusammenarbeit von Schulen mit ausländischen Eltern. Ziel ist es, den Schulen eine Unterstützung zu bieten, um den Ansprüchen an die interkulturelle Kommunikation von allen Beteiligten gerecht werden zu können. Die Lehrerschaft soll aktive Unterstützung bekommen, um Projektideen für eine dauerhafte Zusammenarbeit zwischen Schule und Eltern zu entwickeln sowie um Elterngespräche und Elternveranstaltungen mit fremdsprachigen Eltern durchzuführen. Hierzu wurden zwei Modelle entwickelt. Das eine sieht einen Ansprechspartner innerhalb der Schule vor, das andere soll eine Unterstützung via Ansprechspartner ausserhalb der Schule bieten. Ziel ist es, die beiden Modelle im Rahmen eines Pilotprojektes zu erproben.

Das Konzept wurde von der Steuerungskommission an der Sitzung vom 27. August 2003 zur Kenntnis genommen. Gleichzeitig wurde festgestellt, dass die Finanzierung eines Pilotprojektes noch nicht sichergestellt ist. Daraufhin wurden diverse Gemeinden betreffend der Mitwirkung als Pilotgemeinden angefragt. Weitere Präsentationen folgten anlässlich der Mitgliederversammlung der Deutschzusatzlehrkräfte, am Inspektoratsnachmittag, beim Einwohnergemeindeverband und in der Bildungs- und Kulturkommission (BIKUKO).

Das Konzept stösst allgemein auf ein gutes Echo, die Finanzierung ist aber bis heute nicht geklärt.

6. Akteure der Integration

Die Vorarbeiten aus dem Jahr 2001 zur Konkretisierung der Stossrichtungen aus dem RRB vom 11.12.2000 wurden im letzten Jahr wieder aufgegriffen. Dabei war es ein Anliegen, keinen Roman zu schreiben und ein dickes Leitbild zu schaffen, wie dies in anderen Kantonen zum Teil geschehen ist. Die Kantone haben diesbezüglich sehr gute Vorarbeit geleistet.

Im Kanton Solothurn werden sämtliche Akteure im Bereich Integration als gleichwertig betrachtet, so dass nicht lediglich staatliche Organisationen in die Verantwortung gezogen werden. Insbesondere sollen auch Arbeitgeber angesprochen werden.

Aus dieser Idee heraus ist ein schlankes Produkt in Form einer Broschüre „Integration im Kanton Solothurn“ entstanden. Darin werden die Akteure der Integration namentlich genannt. Es sind dies Vereine, Verbände, Unternehmen, Organisationen der Ausländer, Kirche, Bund, Kanton, Gemeinden, Medien, ausländische Staatsangehörige und Schweizer Bürger. Integration gelingt, wenn sie umfassend, gemeinsam und in gegenseitigem Nutzen erfolgt. Jegliches Integrationshandeln erfolgt unter Beachtung der geltenden Rechtsordnung und unter Berücksichtigung der vielfältigen Kultur in der Schweiz.

Zusammenfassend gilt es festzuhalten, dass der Kanton Solothurn bestrebt ist, die Integration unter vermehrtem Einbezug sämtlicher Akteure voranzutreiben. Um gesamtschweizerisch eine wirkungsvolle Integrationspolitik betreiben zu können, ist eine Zusammenarbeit in horizontaler wie auch in vertikaler Hinsicht sicherzustellen. In diesem Sinne ist deshalb auch die Unterstützung aus der Wirtschaft ein wichtiges Anliegen der weiteren Integrationsarbeit.

Solothurn, 29. März 2004

Die Vorsitzende:

sig. C. Adam-Zaugg